Verarbeitung der Daten von IHK-Mitglieds-unternehmen

Informationen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Thema Mitgliedschaft und IHK-Beitrag

Hier finden Sie Informationen gem. Art. 13 DSGVO (Erhebung von Daten bei der betroffenen Person) und nach Art. 14 DSGVO (Erhebung über Dritte) über den Umgang von Daten von Mitgliedsunternehmen.

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Telefon: +49 30 31510-0
Telefax: +49 30 31510-166
E-Mail: service@berlin.ihk.de

Vertretungsberechtigte:

Präsident Sebastian Stietzel
Hauptgeschäftsführerin Manja Schreiner

2. Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten

Die behördliche Datenschutzbeauftragte der IHK Berlin erreichen Sie unter der o. g. Anschrift, z. H. der Datenschutzbeauftragten sowie unter:

Telefon: +49 30 31510-488
E-Mail: datenschutz@berlin.ihk.de

3. Herkunft der Daten

IHKs bekommen in der Regel die Daten Ihrer Gewerbemeldung von der für Ihren Betriebssitz zuständigen Gemeinde. Die Übermittlungsbefugnis der Gewerbeämter ergibt sich aus § 14 Abs. 8 Satz 1 Nr. 1 der Gewerbeordnung (GewO). Ferner erhalten IHKs Finanzamtsdaten zu einer gewerbesteuerlichen Tätigkeit von den Finanzbehörden. Die Übermittlungsbefugnis der Finanzbehörden ergibt sich aus § 31 Abgabenordnung (AO). Die Übermittlung von Daten aus dem Handelsregister ergibt sich aus § 37 Handelsregisterverordnung (HRV).

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die IHK Berlin unterliegt als öffentliche Stelle den Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), spezialgesetzlicher Regelungen und dem Landesdaten-

schutzgesetz Berlin. Es ist uns wichtig, Sie darüber zu informieren, welche personenbezogenen Daten wir zu welchen Zwecken verarbeiten.

Gemäß § 9 Abs.1 Satz 1 IHKG sind die Industrie- und Handelskammern berechtigt, die Daten der IHK-zugehörigen Unternehmen zu verarbeiten, die in § 14 Absatz 8 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 der Gewerbeordnung (GewO) sowie der Rechtsverordnung nach § 14 Absatz 14 GewO aufgeführt sind (Angaben zum Betriebsinhaber und zum Betrieb). Zweck der Verarbeitung dieser Daten ist die Erfüllung von Aufgaben, die uns nach dem Industrie- und Handelskammergesetz (IHKG) oder anderen Gesetzen (z. B. BBiG) übertragen worden sind.

Das Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) enthält gesetzliche Regelungen zu einer Reihe von Zwecken:

- Wahrnehmung des Gesamtinteresses der Wirtschaft, § 1 IHKG
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft, § 1 IHKG
- Information und Beratung der Mitglieder, § 1 IHKG
- Feststellung von Beginn und Ende der IHK-Zugehörigkeit, § 2 IHKG
- Erhebung von Beiträgen, § 3 IHKG
- Durchführung von Wahlen zur IHK-Vollversammlung, § 5 IHKG
- Übermittlung von Daten an nicht-öffentliche Stellen zur Anbahnung von Geschäftsbeziehungen oder sonstigen dem Wirtschaftsverkehr dienenden Zwecken, § 9 IHKG

Im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft werden entsprechend dieser Berechtigung Stamm- und Inhaltsdaten zu Ihrer Person bzw. zu Ihrem Unternehmen verarbeitet. Hierunter fallen alle personenbezogenen Daten, die für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung, Änderung oder Beendigung der Mitgliedschaft erforderlich sind, z. B.: Name, Kommunikationsdaten, Anschrift, Geburtsdatum, Beitragsdaten, Termindaten, die mit uns geführte Kommunikation. Zweck der Speicherung der Daten ist die Erfüllung der der IHK gesetzlich übertragenen Aufgaben.

Angaben für interne Verwaltungszwecke (z. B. Identnummer, Datensperrkennzeichen) werden von der IHK Berlin selbst angelegt und ausschließlich zu internen Verwaltungszwecken verarbeitet. Eine Übermittlung an Dritte erfolgt nicht. Eine Ausnahme stellt die Übermittlung von für die Wahl zur Vollversammlung relevanten Daten dar.

Hoheitliche und sonstige gesetzliche Aufgaben

Die Datenverarbeitung erfolgt ferner zur Erfüllung von hoheitlichen (z. B. Berufliche Bildung, Gewerbeerlaubnisbehörde für Gewerbeerlaubnisse nach § 34 d bis i GewO) und sonstigen gesetzlichen Aufgaben.

Erhebung von IHK-Beiträgen

Gemäß § 9 Abs. 2 IHKG sind die Industrie- und Handelskammern weiter berechtigt, zur Festsetzung der Beiträge Kammerzugehöriger die Bemessungsgrundlagen bei den Finanzbehörden zu erheben. Aufgrund der Übermittlung durch die Finanzämter gemäß § 9 Abs. 2 IHKG verarbeiten wir Beitrags- und Inhaltsdaten.

Diese Daten werden zum Zweck der Feststellung von Beginn und Ende der Beitragszugehörigkeit und der Beitragsfestsetzung verarbeitet. Eine Übermittlung dieser Daten an Dritte erfolgt nicht.

Lediglich Angaben über offene Beträge der von uns festgesetzten Beiträge werden gegebenenfalls an öffentliche Stellen weitergegeben, sofern dies zur Erfüllung unserer Aufgaben oder der anfragenden öffentlichen Stelle erforderlich ist. Dies betrifft Fälle der Beitreibung, Gewerbeuntersagung oder des Widerrufs gewerberechtlicher Erlaubnisse.

Berufliche Bildung

Weiterhin haben die Industrie- und Handelskammern gemäß § 1 Abs. 2 IHKG i.V.m. den Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes (v. a. §§ 27 ff., 32 ff., 34 ff., 37 ff., 76 BBiG) u. a. die Berufsbildung zu überwachen. Im Rahmen unserer Pflicht zur Überwachung der Ausbildung verschafft sich die IHK Berlin ein umfassendes Bild vom Ausbildungsbetrieb. Die Überwachungspflicht beginnt mit dem ersten Ausbildungsverhältnis und endet erst, wenn ein Betrieb nicht mehr existiert oder nicht mehr ausbildet. Die Daten werden ausschließlich zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten im Rahmen der Ausbildung gespeichert.

Soweit keine gesetzliche Regelung im bereichsspezifischen oder allgemeinen nationalen Datenschutzrecht besteht, kommen als Rechtsgrundlagen die Tatbestände nach Art. 6 DSGVO und bei besonderen Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 DSGVO in Betracht.

Umfragen

Im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben der Wahrnehmung des Gesamtinteresses und der Förderung der gewerblichen Wirtschaft dürfen die Industrie und Handelskammern Umfragen durchführen, um die Meinung ihrer Mitglieder zu bestimmten Themen wie Wirtschaftsentwicklung oder politisch aktuelle Entwicklungen einzuholen (z. B. Konjunkturumfragen, Ausbildungs- und Weiterbildungserfolgsumfragen, Unternehmensbarometer, Frage nach Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen, Informationen über neue Gesetze). Zu diesem Zweck ist die IHK gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i.V.m. §§ 1 Abs. 1, 9 Abs. 3 IHKG berechtigt, Ihre bei der Umfrage angegebenen Daten zu verarbeiten.

Nach Möglichkeit werden die Daten pseudonymisiert bzw. anonymisiert erhoben und verwendet. Wird für die Durchführung der Umfragen ein Dienstleister eingesetzt, so wurde dieser von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt und arbeitet auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrages.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich findet eine Übermittlung Ihrer Daten an Dritte nur statt, wenn sie vertraglich vereinbart worden ist, wenn Sie vorab eingewilligt haben oder wenn wir gesetzlich hierzu verpflichtet sind.

Hinsichtlich der Übermittlung dieser Daten ist zu unterscheiden zwischen einer Weitergabe an öffentliche und an nichtöffentliche Stellen. Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Öffentliche Stellen (z. B. Verwaltungsbehörden, Gerichte, IHKs)
  - sofern IHKs gesetzlich hierzu verpflichtet sind,

- sofern dies zur Erfüllung von IHK-Aufgaben oder der Aufgaben der anfragenden öffentlichen Stelle erforderlich ist oder eine gesetzliche Grundlage besteht.

- Nichtöffentliche Stellen

  - sofern diese im Wege des Adressservices bei IHKs Adressdaten von IHK-Unternehmen, deren Daten hierfür nicht gesperrt sind, bestellen,

  - innerhalb der hierfür vorgesehenen Frist vor IHK-Wahlen an Kandidaten/innen für einen Sitz in der Vollversammlung und/oder zur Bewerbung einer eigenen Kandidatur,

  - sofern wir gesetzlich hierzu verpflichtet sind oder Sie vorab in die Datenübermittlung eingewilligt haben.

Unsere Dienstleister für die technische Unterstützung der Anwendung haben Zugriff auf die Daten (Auftragsverarbeiter). Dies können beispielsweise Scandienstleister, Hoster und sonstige IT-Dienstleister sowie externe Administratoren sein. Diese wurden von uns sorgfältig ausgewählt und beauftragt, sind an unsere Weisungen gebunden und arbeiten auf Grundlage eines Auftragsverarbeitungsvertrages.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur in Deutschland und in der Europäischen Union. Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR (sog. Drittstaaten) findet nur statt, soweit Sie uns eine Einwilligung erteilt haben oder im Rahmen einer Auftragsdatenverarbeitung. Dienstleister werden in einem Drittstaat nur eingesetzt, wenn für dieses Drittland ein „Angemessenheitsbeschluss" der Europäischen Kommission (Art. 45 DS-GVO) besteht, „geeignete Garantien" (Art. 46 DS-GVO) oder „interne Datenschutzvorschriften" (Art. 47 DS-GVO) bzw. die EU-Standardvertragsklauseln beim Auftragsverarbeiter vereinbart wurden.

Ferner findet nur in Einzelfällen und im gesetzlich zulässigen Rahmen (z. B. Reisebuchung für Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation im Ausland nach Art. 49 Abs. 1 b DS-GVO) die Datenverarbeitung im Ausland statt.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Aufbewahrungsfristen ergeben sich grundsätzlich aus den gesetzlichen Regelungen zur Aufgabenübertragung auf die IHKs, aus dem Satzungsrecht der IHKs und/oder aus steuer- oder handelsrechtlichen Regelungen, sofern Daten nicht darüber hinaus aufbewahrt werden müssen, weil diese benötigt werden, um Gewährleistungsrechte oder sonstige Rechtsansprüche geltend machen zu können.

Des Weiteren können Daten vor der Löschung dem zuständigen Archiv übergeben werden, wenn sie archivwürdig nach dem Archivgesetz des Landes Berlin (ArchGB) sind.

8. Betroffenenrechte

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die behördliche Datenschutzbeauftragte:

z.H. der Datenschutzbeauftragten

IHK Berlin
Fasanenstraße 85
10623 Berlin

Telefon: +49 30 31510-488
E-Mail: datenschutz@berlin.ihk.de

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.
Meike Kamp
Friedrichstr. 219
10969 Berlin
Tel.: +49 (0)30 13889-0
Fax: +49 (0)30 2155050
E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de

9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die IHK Berlin durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie diese Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit, der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.